

Erscheint wöchentlich drei Mal
und zwar Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend (Vormittag).
Abonnementspreis beträgt
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf
Pränumerando.

Anzeiger

für Zwönitz und Umgegend. Organ

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens
Mittags des vorhergehenden
Tages des Erscheinens erbeten
und die Corpusspaltenzeile mit
10 Pf., unter „Eingefandt“ mit
20 Pf. berechnet.

N^o 18.

Dienstag, den 13. Februar 1883.

8. Jahrg.

Bekanntmachung.

Der I. diesjährige Grundsteuer-Termin ist am 1. Februar fällig und zu Vermeidung executivischer Beitreibung längstens am 15. desselben Monats an die Stadtsteuer-Einnahme alhier (welche außer Mittwochs täglich Vormittags von 9—12, Nachmittags von 2—5 Uhr geöffnet ist) abzuführen. Zwönitz, am 30. Januar 1883. Der Bürgermeister.
Adam.

Politische Rundschau.

Deutschland. Zu dem großen Costümfeste, welches am 28. Februar am Berliner Hofe abgehalten werden wird, erwartet man mit Bestimmtheit folgende Fürstlichkeiten. Das belgische und das sächsische Königspaar, das großherzogliche Paar von Mecklenburg-Schwerin, den Großherzog und die Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar, den Prinzen von Wales, den Herzog und die Herzogin von Edinburgh und den Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein. Von vielen andern eingeladenen Fürstlichkeiten sieht man einer Antwort entgegen. — Das Costümfest sollte sich zum Mittelpunkte aller der Festlichkeiten gestalten, welche anlässlich der silbernen Hochzeit des Kronprinzlichen Paares am Berliner Hofe geplant waren und die bekanntlich wegen des Ablebens des Prinzen Karl von Preußen unterbleiben mußten.

Unter den parlamentarischen Verhandlungen der letzten Tage erregten diesmal die Debatten im preussischen Abgeordnetenhaus weit mehr das Interesse als diejenigen im Reichstage, was darauf zurückzuführen ist, daß im Abgeordnetenhaus in zwei Sitzungen die brennend gewordene Frage der parlamentarischen Geschäftsbehandlung zur Sprache kam. Der Präsident desselben, Herr v. Köller, hat in der Sitzung von Mittwoch bekanntlich vorgeschlagen, ohne Rücksicht auf den Reichstag weiter zu tagen, da sonst keine Aussicht vorhanden sei, die noch ausstehenden Vorlagen nur in erster Lesung zu erledigen. Es kam hierüber in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom vorigen Freitag zur endgültigen Beschlussfassung und zwar wurde der Vorschlag des Abg. v. Bennigsen, die nächste Sitzung auf Dienstag den 13. Februar Abends 7 Uhr anzusetzen, (Tagesordnung: Erste Lesung der Canalvorlage) gegen die Stimmen der Conservativen, welche für den Vorschlag des Präsidenten eingetreten war, angenommen. Im Uebrigen gelangte in der Freitags-Sitzung die sogenannte Secundärbahn-Vorlage, welche im Ganzen 76,125,000 Mark für die Anlage von 19 Secundärbahnen, zur Anlage zweiter Geleise u. s. w. gefordert werden, zur erster Lesung. Nicht weniger als 23 Redner hatten sich zur General-Discussion gemeldet, von denen selbstverständlich nur die wenigsten zum Worte gelangen konnten. Doch auch die Gegner der Vorlage sprachen ihre Sympathie für dieselbe aus, nur daß dieselben hierbei noch eine Erweiterung der Vorlage wünschten. Letztere wurde schließlich an die um 7 Mitglieder zu verstärkende Budget-Commission verwiesen.

Der Reichstag hat sich in vergangener Woche die Förderung der Etatsberathung so angelegen sein lassen, daß er nicht nur die zweite Lesung des Stats für 1883/84, sondern auch die einzelnen Theile des Stats für 1884/85 erledigte, letzteres allerdings im ablehnenden Sinne. In der Donnerstags-Sitzung erledigte er die Etats der Zölle und der Verbrauchssteuern, der Reichsschuld, sowie einige kleinere Positionen ohne besonders hervorzuhebende Debatte. Am Freitag trat das Haus in die Berathung der wenigen Titel des Stats für 1883/84 ein, welche die zweite Lesung noch nicht passirt hatten. Das Haus erledigte dieselben in ziemlich glatter Weise, nur bei der Berathung der für den Bau der Husaren-Kaserne in Großenhain (Sachsen) geforderten Position von 200,000 Mark — als erste Baurate — kam es zu einer langen und lebhaften Debatte. Die Budget-Commission hatte beantragt, die Position zu bewilligen, auch Graf Moltke trat für die Bewilligung im Interesse der Ausbildung des militärischen und kameradschaftlichen Geistes ein und bestritt, daß im Officierscorps eine Bevorzugung stattfände. Die Abgeordneten Windthorst und Majunke (Centrum) und von Minnigerode (cons.), sowie der sächsische Bundesbevollmächtigte von Planitz traten ebenfalls für die Bewilligung ein, während die fortschrittlichen Abgeordneten Kämpfer, Richter (Hagen) und Hermes die Officiersspeiseanstalt abgelehnt haben wollten. Die Position wurde schließlich mit

159 gegen 102 Stimmen angenommen. Hierauf ging der Reichstag zur Berathung des Stats für 1884/85 über, welcher in der vorhergehenden Sitzung auf Vorschlag des Präsidenten noch für Freitag auf die Tagesordnung gesetzt worden war. In sehr summarischer Weise wurden jedoch sämtliche Capitel der Einnahmen und Ausgaben dieses Stats abgelehnt, wodurch der Reichstag abermals seinen entschiedenen Entschluß documentirt hat, auf die gleichzeitige Berathung zweier Stats nicht einzugehen. Auf der Tagesordnung für Sonnabend standen die ersten Lesungen des Reichsbeamten-Gesetzes, der Novelle zum Militär-Pensionsgesetze und das Relicten-Gesetz.

In der vielbesprochenen Frage der süddeutschen Postwertzeichen ist noch keine Aussicht vorhanden, dieselbe zu einer allseitig befriedigenden Lösung zu führen. Die bayrische Regierung soll durchaus keine Geneigtheit bekunden, die eigenen Marken gegen ein Pauschquantum aufzugeben. Nur bezüglich der Beförderung außerbayrischer Postarten will man in München einige Zugeständnisse machen.

Oesterreich-Ungarn. Im österreichischen Abgeordnetenhaus ist nun — und zwar in der Sitzung vom 8. Februar — die Scandal-Affaire Kaminski-Schwarz ebenfalls zur Sprache gekommen. Es war dies allerdings nicht zu ungehen, da v. Kaminski der polnischen Fraction des Reichsrathes angehörte. Von der vereinigten Linken wurde ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses eingebracht, über welchen am Sonnabend verhandelt werden sollte und für den sich der Polen-Club sofort erklärte. Die Würde des Abgeordnetenhauses verlangt auch ganz entschieden, daß die vollste Aufklärung über diesen dunkeln Handel gegeben werde, obwohl es für die Rechte des Abgeordnetenhauses nicht angenehm sein mag, daß einige ihrer bisherigen Mitglieder in dieser Affaire so compromittirt erscheinen.

Frankreich. In Frankreich wird in diesen Tagen das Cabinet Fallières voraussichtlich sein Eintags-Dasein beschließen. Im Senate stand am Sonnabend die Berathung die Thronpräbendenten-Vorlage auf der Tagesordnung und da der Commissions-Bericht die Ablehnung der Vorlage empfiehlt, so dürfte sich auch das Plenum des Senats im gleichen Sinne entscheiden, womit das Schicksal des Cabinetes Fallières besiegelt wäre. Es ist jedoch noch zweifelhaft, wer die schwierige Erbschaft Fallières übernehmen wird, da Ferry, mit welchem der Präsident der Republik, Herr Grevy, wiederholt conferirte, es entschieden abgelehnt hat, die Bildung des neuen Ministeriums zu übernehmen, unter Hinweis auf die schwierige innere Lage. Auch den Kammerpräsidenten Brisson hat Herr Grevy zu sich berufen, um über die Uebernahme der Conseilpräsidentschaft mit Brisson zu verhandeln. Während man aber noch mit Spannung auf die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit wartet, ist in der Angelegenheit des verhafteten Prinzen Napoleon bereits die vorläufige Entscheidung und zwar in überraschender Weise, erfolgt. Die Anklagekammer hat nämlich die Untersuchung wider den Prinzen Napoleon auf Einstellung derselben erkannt, der Prinz ist auf freien Fuß gesetzt worden und nach seiner Wohnung in der Avenue d'Antin zurückgekehrt. Dieser vorläufige Ausgang der gegen den bonapartistischen Thronpräbendenten eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung ist ein empfindlicher Schlag für die französische Regierung, der sich auch durch die eventuelle Ausweisung des Prinzen Napoleon nicht redressiren ließe.

England. In der englischen Hauptstadt tagt seit vorigen Donnerstag jene Conferenz der bei der englischen Regierung beglaubigten Botschafter, welche berufen ist, die verschiedenen an der untern Donau mit einander streitenden Interessen in Einklang zu bringen. Der Conferenz präsidiert der Staatssecretär des Auswärtigen, Lord Granville, welcher außerdem als zweiter Bevollmächtigter Englands, Unterstaatssecretär Lord Fitzmaurice bewohnt, während Crowe als Schriftführer fungirt. Die Donau-Conferenz hat eine sehr verwickelte Aufgabe zu lösen und die Presse begleitet darum ihren Zu-